

Herr Tesch informiert über die Anzahl der durch die hiesige Sozialverwaltung aktuell betreuten und untergebrachten Flüchtlinge. Von den insgesamt 166 untergebrachten und betreuten Personen seien 4 Personen anerkannte Asylberechtigte, 27 Personen besitzen den Status einer Duldung, 62 Personen seien bislang ohne Registrierung und 73 Personen besitzen als registrierte Asylantragssteller/innen eine Aufenthaltsgestattung. Die Personen seien in 2 Sammelunterkünften und 37 Wohnungen untergebracht.

Die Hauptherkunftsländer seien Syrien (48) und der Irak (33). Auch aus der Region des Westbalkans (33), Schwarzafrikas (17) und Nordafrikas (7) seien Personen zugewiesen.

Ferner gibt Herr Tesch einen Einblick in die Altersstruktur der Flüchtlinge. Die 52 Flüchtlingskinder und Jugendlichen seien alle in Bildungseinrichtungen untergebracht.

In der Notunterkunft des ehem. Vdk-Heimes sind derzeit 152 Personen untergebracht.

Herr Hettich hinterfragt, warum die Verwaltung bei der Einrichtung von Wohnungen nicht auf Haushaltsauflösungen zurückgreife. Herr Tesch teilt mit, dass dies aufgrund fehlender Transportmöglichkeiten bzw. Personalressourcen nicht möglich sei, und das angebotene Mobiliar vielfach nicht passend sei. Da die Gemeinde lediglich die Grundausstattung der Wohnungen vornehme, können interessierte und engagierte Personen entsprechende Sachspenden dem vom Bündnis für Flüchtlinge in Marienheide eingerichteten Möbellager in der Bahnhofstraße zur Verfügung stellen. Die aktuellen Öffnungszeiten seien auf der Homepage des Bündnisses für Flüchtlinge in Marienheide ersichtlich.

Herr Korthaus gibt zu bedenken, dass eine Belegung der Halle Jahnstraße mit Flüchtlingen im Fall von vermehrten Zuweisungen zu Unmut in der Bevölkerung führen könnte, da die Halle auch von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen als Gemeinschaftshalle genutzt werde.

Aus dem Ausschuss wird angeregt, im Falle der Aufgabe des VDK-Heimes als Notunterkunft des Landes diese als kommunale Unterbringungseinrichtung zu nutzen. Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass verschiedene Optionen für eine Unterbringung von Flüchtlingen geprüft werden.